

## Haushaltsrede der Fraktion BfM

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

herzlichen Dank an die Mitarbeiter der Verwaltung für die Erstellung des vorgelegten Haushaltsplanes. Sie haben eine fleißige Arbeit geleistet. Um diese Aufgabe beneide ich sie unteren gegebenen Umständen nicht.

Es muss eingangs positiv vermerkt werden, dass es mit dem Haushaltsplan 2009 erstmalig seit 2003 wieder gelungen ist einen strukturellen Überschuss zu erzielen.

Allerdings besteht auch 2009 im Verwaltungshaushalt immer noch ein Fehlbedarf von nahezu 92 Mio. €.

Die Probleme und Unwägbarkeiten der Sicherung des Haushaltes bleiben insbesondere durch die unsichere allgemeine wirtschaftliche Lage, der unsicheren Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Entwicklung der Finanzkrise bestehen.

Darauf ist in der Drucksache 434/08 auch hingewiesen worden. Die besondere Situation unseres Haushaltes besteht aber zum einen darin, dass wir in den letzten Jahren zu viel Schulden gemacht haben und dadurch eine hohe Zins- und Tilgungsbelastung entstanden ist. Wir zahlen, ohne Tilgung, nahezu 17,1 Mio. € Zinsen.

Zum anderen werden für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen/Arbeitsförderung und die Grundsicherung nach dem SGB II zusammen fast 80 Mio. € von der Stadt ausgegeben. Diese genannten Positionen sind fast ein Fünftel des Jahresetats der Stadt.

Im Grunde hat sich trotz eines leicht positiven Trends der Wirtschaft in den letzten Jahren keine grundlegende Veränderung in der Arbeitsmarktsituation ergeben.

Das ist das entscheidende Kriterium: Wir brauchen in der Landeshauptstadt 50 000 Arbeitsplätze und 100 000 Einwohner mehr!

Deshalb muss die regionale Ansiedlungspolitik mit allen Mitteln verbessert werden.

Es muss produzierendes Gewerbe nach Magdeburg geholt werden. Fast möchte man sagen: koste es was es wolle!

Ein anderer Gesichtspunkt ist unseres Erachtens ebenfalls bedeutungsvoll: Wir restaurieren wertvolle alte Gebäude, bauen neue kulturelle und sportliche Einrichtungen, die uns nach der Fertigstellung und Betreuung richtig Geld kosten. Als Beispiel sollen hier nur das Gesellschaftshaus, natürlich das neue Stadion und der Aussichtsturm genannt werden.

Das kann sich in der freien Wirtschaft niemand leisten. Und nach unserem Verständnis, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sollte eine Kommune in wirtschaftlicher Hinsicht wie ein Konzern geführt und geleitet werden.

Das die Wirtschaftlichkeit kommunalpolitisch nicht alles ist, wissen wir natürlich auch, aber es gilt im Prinzip auch hier: „Ohne Moos nichts los“.

Ein weiteres Problem, auf das wir schon mehrfach hingewiesen haben, sind die städtischen Gesellschaften und Eigenbetriebe. Die Wirtschaftlichkeit dieser Unternehmen muss mit Nachdruck verbessert werden. Es kann nicht hingenommen werden, dass für städtische Gesellschaften und Eigenbetriebe insgesamt 50 Mio. € als Zuschüsse erforderlich sind.

Das zu verändern sind alle gefordert: Der OB, die verantwortlichen Beigeordneten und nicht zuletzt die in den jeweiligen Aufsichtsgremien vertretenen Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates.

In diesem Zusammenhang ist zu überlegen, in welcher Weise in den kommenden Jahren eine Evaluierung dieser städtischen Betriebe ohne kostenaufwendige Fremdfirmen vorgenommen werden kann, z.B. in Kooperation mit den Universitäten und Hochschulen unserer Region.

Diese und andere Potentiale der Zusammenarbeit mit den Universitäten- und Fachhochschulen werden nach unserer Einschätzung noch nicht ausreichend genutzt.

Gestatten sie noch eine Bemerkung zu der Vielzahl der Änderungsvorschläge zum Haushaltsplan:

Unsere Fraktion hat sich aus guten Gründen nicht mit Vorschlägen beteiligt.

Das Grundproblem, auf das eingangs hingewiesen wurde, wird durch keinen Änderungsvorschlag gelöst. Bei einem Gesamthaushalt von ca. 600 Mio. € tritt damit keine grundsätzliche Veränderung ein.

Und an zusätzlichen Ausgaben, vielleicht nach dem Prinzip „Wünsch Dir was“ beteiligen wir uns nicht.

Wenn die Wünsche, Anregungen und Hinweise der Magdeburger mehr Berücksichtigung finden sollen, so ist die Einführung eines Bürgerhaushaltes das geeignete Instrument für eine stärkere Bürgerbeteiligung.

Die guten Erfahrungen in anderen Städten sind Anlass für uns in der kommenden Stadtratssitzung einen entsprechenden Antrag unter dem Slogan „ Deine Stadt – Dein Geld“ einzubringen. Darin sehen wir einen Beitrag von gelebter Demokratie.